

Rebellion und Putschversuch in der Côte d'Ivoire

Westafrika vor seiner größten Herausforderung

Andreas Mehler

Steht die einst als Insel der Stabilität gepriesene Côte d'Ivoire vor einem Bürgerkrieg, droht ein gewaltsamer Machtwechsel, ein Zurück in die Autokratie oder gar die Spaltung? Versinkt die gesamte westafrikanische Küstenregion in einer Auseinandersetzung zwischen christlich geprägten Küstenzonen und islamischem Hinterland? Wie positionieren sich internationale Akteure? Der entbrannte Konflikt in Côte d'Ivoire wirft eine Reihe von Fragen auf, die wohl erst in einigen Wochen beantwortet werden können. Eine Analyse der Ereignisse zeigt aber, daß die Rebellion nicht spontanen Charakters ist, sondern Ergebnis von fünf langfristigen Entwicklungstrends, die sich nicht kurzfristig umkehren lassen.

*Andreas Mehler ist Direktor
des Instituts für Afrika-Kunde,
Hamburg*

In der Nacht zum 19. September 2002 überfielen einige Hundert Bewaffnete gleichzeitig wichtige Kasernen in der ivoirischen Metropole Abidjan, in Bouaké (Zentrum) und Korhogo (Norden) sowie die Privathäuser der beiden starken Männer der wichtigsten Regierungspartei FPI: Verteidigungsminister Lida Kouassi konnte sich verstecken, Innenminister Boga Doudou kam durch Schüsse zu Tode. Der ehemalige Militärdiktator Robert Guéi, den Teile der Öffentlichkeit als Verantwortlichen für diesen neuen Putschversuch ansahen, wurde – vermutlich von Gendarmen am Tag danach – in einem Racheakt erschossen. Während loyale Truppen die Lage in Abidjan in den Griff bekamen, blieb die zweitgrößte Stadt des Landes, Bouaké, trotz

offenbar heftiger Kämpfe – eine erste Bilanz geht von ca. 400 Toten aus – in der Hand der Rebellen. Allmählich fanden die Rebellen Unterstützung in zahlreichen Städten der nördlichen Landeshälfte.

Präsident Laurent Gbagbo befand sich zum Zeitpunkt der Rebellion auf einem offiziellen Besuch in Italien. Dieser Umstand läßt ebenso wie gute Organisation und Ausrüstung der Rebellen darauf schließen, daß es sich nicht um eine spontane Meuterei unzufriedener, von einer bevorstehenden Demobilisierung bedrohter Truppen handelte, sondern um einen sorgfältig geplanten Putschversuch. In Verdacht gerieten nun auch die Nachbarländer Liberia und vor allem Burkina Faso. Burkinas Präsident Compaoré genießt aufgrund

Wichtigste politische Parteien

- FPI** Front Populaire Ivoirien
Parteivorsitzender: Laurent Gbagbo (Staatspräsident)
- PDCI** Parti Démocratique de Côte d'Ivoire
Parteivorsitzender: Henri Konan Bédié
- RDR** Rassemblement Démocratique Républicain
Parteivorsitzender: Alassane Dramane Ouattara

seiner »risikofreudigen« Außenpolitik (Verwicklung in den Bürgerkrieg in Liberia und Sierra Leone, Beteiligung an der »Wäsche« angolanscher Blutdiamanten etc.) einen zweifelhaften Ruf. Er hatte einigen der am Putsch beteiligten ivoirischen Unteroffiziere schon einmal Zuflucht gewährt, als sie unter Putschverdacht geraten waren. Beweise für eine direkte Außeneinwirkung, die für die Anforderung von Hilfe im Rahmen eines Verteidigungsabkommens mit Frankreich Bedingung ist, blieb die Regierung in Abidjan jedoch zunächst schuldig. Dennoch lösten schon die ersten entsprechenden Gerüchte fremdenfeindliche Racheakte in den Armenvierteln Abidjans aus. Sie führten auch zur Zerstörung der Privatvilla des ehemaligen Premierministers Ouattara, der als wichtigster Gegenspieler Gbagbos gilt, sich aber offiziell von den Rebellen distanzierte. Der Streit um Ouattaras Nationalität (Burkinabè oder Ivorer?) und die Frage seiner Wählbarkeit hatten das Land über die letzten Jahre und besonders seit Anfang 2000 gespalten.

Angesichts der eskalierenden Lage evakuierten französische und US-Truppen eigene Staatsangehörige. Paris beließ seine Truppen anschließend vor Ort und sicherte den Regierungstruppen logistische Unterstützung zu. Die westafrikanische Staatengemeinschaft ECOWAS wurde ebenfalls aktiv. Auf einem Gipfeltreffen in Accra beschlossen die Staatshäupter die Einrichtung einer Verhandlungsmision, die einen Waffenstillstand aushandeln soll. Im Bedarfsfall sollen 4000 Peacekeeper mobilisiert werden. Unterstützung erfuhr die ivoirische Regierung von zahlreichen Regierungen und der African Union. Mit seiner Ablehnung eines Waffenstillstands (6.10.2002) brüskierte Gbagbo die ECOWAS-Mission und konnte sich so in die Isolation manövrieren.

Rückblick: Zwischen Weihnachtsputsch und »Belgrad«

Nach umstrittenen Wahlen 1995 war die seit der Unabhängigkeit herrschende PDCI

unter Bédié immer mehr in Korruption und ethnisch-regionale Ausgrenzung abgeglitten. Gemäß der ultranationalen Doktrin der »Ivoirité« gab es Staatsbürger erster und zweiter Klasse; in die zweite Klasse wurden die Angehörigen der nördlichen, muslimischen Ethnien (Sammelbegriff »Dioula«) eingeordnet, deren ethnische Identität mit derjenigen von Bevölkerungsgruppen aus Mali und Burkina Faso übereinstimmte. Ouattara, ehemals stellvertretender IWF-Direktor, schwang sich zum Sprachrohr der Marginalisierten auf.

An Weihnachten 1999 putschte der ehemalige Generalstabschef Guéi, Bédié floh außer Landes. General Guéi, ein neuer Faktor im Machtpoker, entwickelte schnell Gefallen am Regieren. In seine Amtszeit fielen schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen, eine sichtbare Auflösung der Disziplin der Soldaten und weitere Putschversuche. In der Übergangsregierung des Generals waren zunächst beide Ex-Oppositionsparteien vertreten. Die RDR wurde dann aber abgedrängt, ihr Kandidat Ouattara aufgrund formaler Kriterien von Wahlen ausgeschlossen.

Damit standen sich Gbagbo und Guéi im Oktober 2000 bei den Wahlen gegenüber. Gbagbos FPI befürchtete in dieser Situation (nach ihren Erfahrungen bei den Wahlen 1990 und 1995), erneut Opfer von Manipulationen zu werden. Am Vortag der Wahlen rief Gbagbo seine Anhänger auf, im Falle von Wahlbetrug strategische Positionen in der Metropole zu besetzen. Als am Morgen nach der Wahl Manipulationen ruckbar wurden, war eine breite Erhebung in Abidjan die Folge, der die Junta gewaltsam zu begegnen trachtete. Letztlich setzten sich die FPI-Demonstranten mit Hilfe der sympathisierenden Gendarmerie durch. Guéi sah sich zur Flucht gezwungen. Es folgten die eher im Vorfeld erwarteten RDR-Demonstrationen, die nun den Sieg Gbagbos anfochten. Bei blutigen Auseinandersetzungen zwischen FPI-Anhängern und Gendarmerie einerseits und RDR-Anhängern andererseits sowie regelrechten Pogromen gegen »die« Dioula wurden nach

offiziellen Angaben 171 Menschen getötet. Am schockierendsten wirkte die Entdeckung eines Massengrabes, das 51 Leichen barg. Augenzeugen machten die Gendarmerie für den Massenmord verantwortlich, manche beschuldigten aber auch die FPI selbst. Auf der Gegenseite hatte die RDR ebenfalls auf die Gewalt der Straße gesetzt, um Gbagbo schnellstmöglich von der Macht zu vertreiben. Diese Vorgänge überschatteten die durchaus beispielhafte Entmachtung Guéis nach Belgrader Muster.

Das Jahr 2001 begann mit einem Putschversuch, der nur mit Mühe abgewendet werden konnte. Die anschließenden Versöhnungsbemühungen endeten in einem »Forum de Réconciliation Nationale«. Akzeptable Kommunalwahlen bestätigten die fast gleichwertige Dominanz der drei großen Parteien – der ehemaligen Staatspartei PDCI, der neuen Regierungspartei FPI und der RDR Ouattaras. Die Gebergemeinschaft honorierte die Konsolidierungsanstrengungen Gbagbos mit zahlreichen Hilfszusagen. Mit der Bildung einer breit angelegten Regierung Anfang August 2002 – unter Ein-schluss von RDR und PDCI – schien der Weg zur Stabilisierung geebnet. Auch die öffentlichen Finanzen schienen sich zu erholen. Doch dann folgte der Putsch.

Längerfristige Dynamiken

Die jüngste Zuspitzung der Lage in der Côte d'Ivoire beruht auf fünf längerfristigen dynamischen Entwicklungen:

1. Der schleichende *Staatszerfall*, dessen erste Symptome sich in den späten achtziger Jahren zeigten: als Folge der weltmarktinduzierten Wirtschaftskrise schrumpfende Möglichkeiten der Staatsführung, die Elite durch Patronage an sich zu binden, Zusammenbruch wohlfahrtsstaatlicher Einrichtungen, öffentliche Unsicherheit und Verlust des Gewaltmonopols in den neunziger Jahren. In diesem Sinne wirken die jüngsten Gewaltausbrüche als Katalysatoren des Zerfallsprozesses.
2. Die wahrnehmbare *Spaltung* des Landes entspricht der Trennungslinie zwischen

den von politischen Unternehmern mobilisierten Identitäten: Die beiden ersten Staatspräsidenten präsentierten die Côte d'Ivoire stets als christliches Land, den hohen Anteil der Muslime an der Gesamtbevölkerung ignorierend. Die religiöse Konfliktlinie entwickelte sich im Zeitalter des Parteienpluralismus zu einer regionalen Frontstellung, als Ouattara mit der RDR die Gründung einer regional ausgerichteten Oppositionspartei betrieb. Schließlich initiierte Bédié die »Ivoirité«-Kampagne: Einzelnen örtlichen Pogromen gegen Einwanderer aus dem Sahel (ein Drittel der Bevölkerung sind Gastarbeiter!) schon seit 1995 folgten seit Ende 1999 eine extreme Polarisierung der veröffentlichten Meinung und nun zum zweiten Mal bürgerkriegsähnliche Zustände.

3. Die *inneren Widersprüche des »ivorischen Wunders«* der siebziger Jahre treten immer offener zutage: schockanfällige Abhängigkeit vom wichtigsten Exportgut Kakao, Aufbau einer Rentenökonomie als Gegenstück zum politischen Neopatrimonialismus, Abhängigkeit von Arbeitsmigranten, Zerstörung des Ökosystems Wald im Zuge von Pflanzungen oder forstwirtschaftlicher Ausbeutung. Die internationalen Rettungsversuche durch Strukturanpassungsprogramme seit den achtziger Jahren hatten keine Chance, weil sich die reformfeindlichen Eliten verweigerten. Der Staat verlor Ende der neunziger Jahre das Vertrauen der Geldgeber – und die Möglichkeit, seine Angestellten zu bezahlen. Das Schlüsseljahr 2000 kann als Katalysator der Wirtschaftskrise angesehen werden, da zu den Reformblockaden nun die Suspendierung internationaler Hilfe und eine deutliche Zurückhaltung verbleibender Investoren trat. Der Konsolidierungskurs der Regierung Gbagbo wurde zwar von den Gebern honoriert, die langsam angelaufene Rückkehr der Auslandsinvestoren wird mit der neuerlichen Krise aber gestoppt sein.

4. Strikt politisch gesehen ist das Land mit den Konsequenzen einer *späten und gewaltsamen demokratischen Transition* konfrontiert. Nach einer ersten Liberalisierung im Jahre

1990 (Zulassung des Mehrparteiensystems) konnte das PDCI-Regime seine Gegner lange in Schach halten, ohne weitergehende politische Reformen einzuleiten; es überlebte sogar eine ernsthafte Nachfolgekrisis, die mit dem Tod des ersten Präsidenten einsetzte. Der Militärputsch Guéis besiegelte vorläufig das Ende des *ancien régime*. Das Verfassungsreferendum im Juli 2000 (inklusive Ausschlußgründe gegen Ouattara) schuf neue Spielregeln noch unter der Diktatur. Der Aufstand der Straße nach einem Wahlfälschungsversuch beendete das autoritäre Zwischenspiel, die Demokratiebewegung setzte sich durch, allerdings eben nicht friedlich. Die delikate, aber unumgängliche Gratwanderung zwischen Ausgrenzung und Einbindung des Führungspersonals aus autoritärer Zeit steht auf Messers Schneide.

5. Die *Internationalisierung lokaler und nationaler Konflikte* hatte bereits mit der Involvement der Nachbarländer Burkina Faso, Côte d'Ivoire und später Guinea in den Bürgerkrieg Liberias einen Schub bekommen. In Sierra Leone engagierte sich besonders Liberia, und weiter im Westen verschmelzen die Konfliktherde in der Casamance (Senegal) und im benachbarten Guinea-Bissau. Vor allem Blaise Compaoré, Präsident von Burkina Faso, gilt als Brandstifter. Es ist sicher, daß er Anhänger Guéis nach dessen gescheitertem Wahlputsch im Oktober 2000 aufnahm. Aber regionalisiert werden auch die Sicherheitsbemühungen. So ist bemerkenswert, welche Institutionen sich die ECOWAS für Frühwarnung, Mediation und *Peacekeeping* geschaffen hat. Es wird immer deutlicher, daß weniger der Binnenhandel als die gemeinsamen Sicherheitsinteressen die Staaten der Region verbinden.

Szenarien, offene politische Fragen

Schwierig bleibt die Prognose. Kurzfristig ließe sich die militärische Situation vielleicht noch mit Hilfe externer Vermittler und Truppen stabilisieren. Bleiben einschneidende Zäsuren aus, streben die Entwicklungen aber auseinander: Demokratie,

schleichender Staatszerfall, ethnischer und grenzüberschreitender Bürgerkrieg oder Staatsbankrott sind nur zum Teil miteinander vereinbar. Folgende Fragen stellen sich politisch Handelnden in Deutschland und Europa:

1. Was wird aus dem militärischen Engagement Frankreichs und inwiefern betrifft es die gemeinsame europäische Afrikapolitik? Nach Lage der Dinge sind französische Truppen am ehesten in der Lage, in Westafrika Schlimmeres zu verhindern – der Preis könnte die Aufgabe von Neutralität und die Rückstufung regionaler Initiativen sein. Erleben wir ein »Vorwärts in die Vergangenheit« neokolonialer Einmischung oder eine prinzipiengeleitete, multilateral abgesicherte Politik zum Schutz von Demokratie und Menschenrechten? Berlin sollte in letzterem Sinne auf Paris einwirken.
2. Die alarmierten afrikanischen Präsidenten täuschen sich nicht: Der mögliche Zerfall der Côte d'Ivoire gefährdet jüngste Anstrengungen, wieder Vertrauen in den Kontinent aufzubauen und ganz unmittelbar auch die Stabilität der Nachbarländer. Die Krise betrifft Westafrika massiv und die junge »Afrikanische Union« ebenfalls. Wird die Spaltung oder auch die autoritäre Restauration per Gewalt zugelassen, stehen die Reformer vor einem Haufen von Scherben, die in absehbarer Zeit nicht zu kitten sind. Die Vermittlung muß also gelingen, darf aber nicht die gewählten Institutionen beschädigen.
3. Eine weitere Eskalation der Gewalt würde auch zur weiteren ethnisch-religiösen Polarisierung führen – weit über die Grenzen des Landes hinaus. Ein Rückstrom von Gastarbeitern in die Nachbarländer wird diese destabilisieren. Ein hypothetischer Sieg der Rebellen wird einen dauerhaften Guerillakrieg im Süden des Landes zur Folge haben. Kann umgekehrt die Regierung den Norden nicht mehr unter Kontrolle bekommen, wird eine Ausweitung »gewaltoffener Räume« stattfinden. Eine föderale oder stark dezentralisierte Regierung verspricht am ehesten Flexibilität und Stabilität.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2002
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org